## S 23 U 257/99

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung 2

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Arbeitsunfall

Wegeunfall

unterschiedliche Angaben zum Zweck des

Wegs

Würdigung der Angaben

Leitsätze Eine Gastwirtin, deren Wohnung sich im

selben Haus wie die

Gastwirtschaft in einem darüber

gelegenen Stockwerk befindet, steht auf

dem

Weg nach Schließung des Lokals über die Treppen in die Wohnung, um sich dort schlafen zu legen, nicht unter dem Schutz

der gesetzlichen Unfallversicherung.

Daran ändern auch spätere Angaben zum

Zweck des Gangs nach oben nichts.

Normenkette SGB VII § 8 Abs 1

SGB VII § 8 Abs 2

**SGG § 128** 

1. Instanz

Aktenzeichen S 23 U 257/99 Datum 12.05.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 U 306/00 Datum 05.12.2001

3. Instanz

Datum -

I. Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts München vom 12. Mai 2000 wird zurückgewiesen.

II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Die Parteien streiten um die Feststellung eines Unfalls als Arbeitsunfall.

Die 1930 geborene KlÄggerin war bei der Beklagten als Gastwirtin versichert. Ihre Wohnung befand sich im selben Haus wie die Gastwirtschaft in einem dar A¼ber gelegenen Stockwerk. Am 31.01. 1998 wurde sie gegen 4.00 Uhr oder 5.00 Uhr morgens auf der Treppe zwischen den GastrĤumen und der Wohnung liegend gefunden. Sie hatte eine LendenwirbelkA¶rperfraktur erlitten und wurde am selben Tag ins Städtische Krankenhaus München-Schwabing eingeliefert. In dessen nachtrÄxglich erstelltem Durchgangsarztbericht vom 26.03.1998 ist zu den Unfallangaben ausgeführt, die Klägerin habe nach AbschlieÃ∏en der Gaststätte in die Wohnung gehen wollen und kA¶nne sich an den Unfall nicht erinnern. In ihrer eigenen Unfallanzeige vom 18.05.1998 gab sie an, sie sei gegen 2.30 Uhr beim Treppensteigen in den ersten Stock in die WohnrAxume ausgerutscht und die Treppe hinuntergefallen. Dieselbe Angabe machte sie bei ihrer Krankenkasse am 07.04. 1998. Der Entlassungsbericht der Rheumaklinik Bad FÃ1/4ssing vom 17.04.1998 gab wieder, die KlĤgerin sei um ca. 2.00 Uhr oder 3.00 Uhr nachts auf dem Weg in die Wohnung gestürzt, habe aber keine genaue Erinnerung mehr. Auf ausdrýckliche Fragen der Beklagten, wohin sie habe gehen und welche TÃxtigkeit sie dort habe verrichten wollen, antwortete die KlĤgerin am 10.06.1998, sie habe von den GastrĤumen kommend sich in die Wohnung begeben und dort schlafen wollen.

Daraufhin verweigerte die Beklagte mit Bescheid vom 07.07.1998 eine Entschä¤digung fã¼r den Unfall. Es habe sich nicht um einen Arbeitsunfall gehandelt, denn bei Wohnungen im Hause der Betriebsstã¤tte gehã¶re die Treppe zum unversicherten Bereich. Den nicht weiter begrã¼ndeten Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 04.03.1999 zurã¼ck.

Im anschlieÃ□enden Klageverfahren hat die Klägerin vorgetragen, die Beklagte sei von falschen Tatsachen ausgegangen. Die Klägerin habe sich vor SchlieÃ□ung des Lokals in die Wohnung begeben wollen, um die Buchungsunterlagen zur abendlichen Kassenabrechnung und Eintragung zu holen. Diese Unterlagen befänden sich in den Privaträumen. Auf dem Weg zur Wohnung sei sie hierbei gestürzt.

In der mündlichen Verhandlung hat die Klägerin ausgeführt, die Gäste hätten sich nicht mehr in der Gaststätte befunden, die Bedienung sei verabschiedet gewesen und die Gaststätte verschlossen. Sie habe das Kassenbuch holen wollen, um Einnahmen und Ausgaben einzutragen.

Mit Urteil vom 12.05.2000 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Wie die Beklagte ausgeführt habe, gehöre im vorliegenden Fall das Treppenhaus zum unversicherten Bereich. Nach Ã∏berzeugung des Gerichts waren die Erstangaben der Klägerin richtig, wonach sie in die Wohnung gegangen sei, um sich schlafen zu

legen. Die spÄxteren Angaben seien offensichtlich zweckgerichtet.

Mit ihrer Berufung verfolgt die Klägerin ihr Begehren weiter und trägt denselben Sachverhalt vor wie im Klageverfahren. An Freitagen wie dem vor dem Unfall seien mehrere Barauslagen ýblich, so seien drei Zulieferer bar auszuzahlen gewesen.

Die Klägerin beantragt, das Urteil des Sozialgerichts München vom 12.05.2000 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, unter Aufhebung des Bescheides vom 07.07.1998 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.03.1999, das Ereignis vom 31.01.1998 als Arbeitsunfall zu entschädigen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Der Senat hat Beweis erhoben durch Beiziehung der Krankenakte des Städtischen Krankenhauses München-Schwabing. Nach den Aufnahmeunterlagen war die Klägerin sehr adipös (93 kg bei 1,56 m KörpergröÃ∏e), saÃ∏ nach ihren Angaben zu Hause fast nur im Stuhl und hatte am GesäÃ∏ mehrere schwarze, teils leicht offene Decubitalgeschwüre. Sie litt zudem an Adipositas, Herzinsuffizienz und Hypertonus. Nach dem Aufnahmeprotokoll war sie zu Hause auf der Treppe gestürzt. Obwohl der Aufnahmebogen zu den Ursachen einen Hinweis auf mögliche berufliche Zusammenhänge enthielt, ist dazu nichts wiedergegeben. Hingegen ist im Anästhesieprotokoll, unterschrieben von der Klägerin, ausgeführt, sie sei beim zu Bett gehen gestürzt. Diese Angaben wurden den Beteiligten mit Schreiben des Senats vom 05.02.2001 mitgeteilt.

Zum Verfahren beigezogen und Gegenstand der mündlichen Verhandlung sind die Akte der Beklagten, des Städtischen Krankenhauses Mþnchen-Schwabing und des Sozialgerichts München im vorangegangenen Klageverfahren. Auf ihren Inhalt wird ergänzend Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe:

Die von der Klägerin form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulässig; eine Beschränkung der Berufung nach <u>§ 144 SGG</u> be- steht nicht.

Die Berufung ist jedoch nicht begründet, weil nicht erwiesen ist, dass die Klägerin bei dem Sturz am 31.01.1998 eine versicherte Tätigkeit ausgeübt hat.

Der Senat hÃxlt die Berufung aus den GrÃ $\frac{1}{4}$ nden des angefochtenen Urteils des Sozialgerichts MÃ $\frac{1}{4}$ nchen fÃ $\frac{1}{4}$ r unbegrÃ $\frac{1}{4}$ ndet und sieht nach  $\frac{1}{4}$ S 153 Abs.2 SGG von einer weiteren Darstellung der EntscheidungsgrÃ $\frac{1}{4}$ nde ab.

Die von der Klägerin im Berufungsverfahren hiergegen vorgebrachten Einwendungen unterscheiden sich nicht von ihrem Vorbringen im Klageverfahren. Sie sind vom Sozialgericht bereits ausreichend und Ã⅓berzeugend gewÃ⅓rdigt worden. Ã∏ber den Zweck des bei dem Sturz zurÃ⅓ckgelegten Weges stehen nach wie vor lediglich die Angaben der Klägerin zur VerfÃ⅓gung. Ihre Angabe vom 10.06.1998 gegenÃ⅓ber der Beklagten Ã⅓ber den Zweck des Weges ist

unmissverstĤndlich. Das spĤtere Abgehen von dieser Angabe ist von ihr nicht plausibel begründet worden und offensichtlich, wie das Sozialgericht bereits ausgeführt hat, eine spätere zweckdienliche Behauptung. Durch die vom Senat beigezogenen Unterlagen des erstbehandelnden Krankenhauses wird diese EinschĤtzung eher bestĤtigt als widerlegt. In ihnen befindet sich die einzige ̸uÃ∏erung der Klägerin, die sich sonst in den Akten zum Zweck des zurückgelegten Weges befindet, nämlich die Angabe gegenüber der AnÃxsthesistin, sie sei beim Zubettgehen gestürzt. Darüber hinaus machen es weitere in den Unterlagen enthaltene Befunde wenig plausibel, dass die KlĤgerin das Lokal verschlossen hÃxtte und in die Wohnung gegangen wÃxre, um das Kassenbuch zu holen, sodann wieder in das Lokal gegangen wĤre, um anhand der dort befindlichen, allenfalls kleinen Zahl von Belegen die Tageseintragungen zu machen, das Lokal wieder zu verschlieà en und sodann zu Bett zu gehen. Die Klägerin war zum Unfallzeitpunkt 68 Jahre alt, schwer übergewichtig, nicht sonderlich belastungsfäxhig und häxtte einen lang dauernden Arbeitstag hinter sich gehabt. Die an ihrem GesäÃ∏ festgestellten Decubitalgeschwüre sind ein deutlicher Hinweis auf übermäÃ∏ig lange Zeiten des Sitzens. Es ist deshalb nicht plausibel, dass sie unter diesen UmstĤnden den Weg zur Wohnung und zurļck hÃxtte zweimal machen sollen. Zur Fertigung der Eintragungen in das Kassenbuch hÃxtte sie dieses nicht von der Wohnung in die GaststÃxtte verbringen müssen. Zumal dann, wenn diese Unterlage nicht im Lokal aufbewahrt werden sollte, wĤre es in jeder Hinsicht sinnvoll gewesen, die Belege über die Barausgaben ebenso wie die Bareinnahmen selbst in die Privatwohnung zu verbringen. Es mag sein, dass solche nicht sinnvoll erscheinenden Verhaltensweisen in EinzelfÄxllen dennoch vorkommen. Der nachtrĤglichen Geltendmachung durch die KlĤgerin misst jedoch auch der Senat nicht soviel Glaubhaftigkeit bei, dass damit der behauptete Sachverhalt als bewiesen angesehen werden könnte.

Die Berufung ist deshalb unbegründet.

Die Entscheidung  $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten st $\tilde{A}^{1/4}$ tzt sich auf  $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{193 \ SGG}$  und folgt der Erw $\tilde{A}$ zgung, dass die Kl $\tilde{A}$ zgerin in beiden Rechtsz $\tilde{A}^{1/4}$ gen nicht obliegt hat.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach  $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs.} 2 \text{ Nrn.}}{1}$  und  $\frac{2 \text{ SGG}}{1}$  liegen nicht vor.

Erstellt am: 15.03.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024